

Newsletter

der Landesgruppe
Brandenburg

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Nr. 4 / 2007 ; 09.03.2007



Dagmar
Enkelmann



Diana Golze



Kirsten
Tackmann



Lothar Bisky



Wolfgang
Neskovic

Solidarisches Rentensystem statt Rente mit 67 - Von Lothar Bisky

Als die Linkspartei.PDS im vergangenen Jahr öffentlich meinen 65. Geburtstag feiern wollte, war mir das nicht wirklich recht. Warum auch? Was ist so feierwürdig daran, dass ich als Fast-Rentner noch immer an der Spitze der Linkspartei.PDS stehe? Ich denke eher, dass da in nicht allzu ferner Zukunft mal die Jüngeren ran müssen – aber das ist ein anderes Thema.

Doch dieses öffentliche Feiern gibt mir die Gelegenheit, mich mit einer der größten Sozialkürzungen dieser Bundesregierung (nach Hartz IV) auseinanderzusetzen, der Rente mit 67 – sozusagen aus eigener Betroffenheit, weil ich langsam weiß, wie man sich als arbeitender 67jähriger fühlt. Ich sage es gleich ohne Umschweife: Die Heraufsetzung des Rentenalters bedeutet für mich, dass

- die Altersarbeitslosigkeit steigt und für die Jüngeren noch weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen,
- Menschen bis an ihre körperlichen und psychischen Grenzen arbeiten,
- eine deutliche Rentenkürzung zu erwarten ist und letztlich,

dass die finanziellen Probleme des Rentensystems nicht gelöst werden.

600.000 Menschen unter 25 Jahren und 1,2 Millionen der über 50-jährigen finden derzeit keinen Arbeitsplatz. Gerade mal 30 Prozent aller 55 bis 64-jährigen sind derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die "Rente mit 67" ist deshalb ein Rentenkürzungsprogramm für die heute Erwerbstätigen und für die heutigen Rentner. Jung und alt sitzen in einem Boot!

Der heutigen Zustimmung der Bundestagsmehrheit für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wird DIE LINKE. auch in Zukunft ihre Alternativen entgegensetzen. Wir fordern: Das Rentensystem ist auf Grundlage einer solidarischen Bürgerversicherung weiter zu entwickeln und finanziell aus einer vernünftigen Kombination aus Steuern und Beiträgen zu stärken.

Darüber hinaus bitte ich alle ganz persönlich, sich den Protesten gegen die Rente mit 67 anzuschließen. Die Volkssolidarität hat dazu zum Beispiel eine Protestkarte* an Bundeskanzlerin Merkel vorbereitet. Ich habe schon unterschrieben. Das könnten Sie auch tun.

Siehe auch unter: <http://www.linksfraktion.de/>

Deutscher Bundestag, Fraktion DIE LINKE., Landesgruppe Brandenburg;
Kontakt: Dr. Kirsten Tackmann, MdB; 11011 Berlin, Platz der Republik 1, Tel.: 030-227 74308;
Fax: 030 227 76308; mail: kirsten.tackmann@bundestag.de; www.linksfraktion.de

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

wichtige Tagesordnungspunkte und Reden der Sitzungswoche:

- **Aktuelle Stunde DIE LINKE.** zum Thema: „Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Personalabbau bei deutschen Großunternehmen“ - Reden von Werner Dreibus und Herbert Schui bitte über die Büros nachfragen
- **Antrag DIE LINKE.:** „Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen“, DS 16/833

Geschlechtergerechtigkeit muss endlich als zentrale Frage der Demokratie begriffen und die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitsmarktpolitik konsequent und systematisch gefördert werden. - http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7790106876_1600833.pdf

- **Antrag DIE LINKE.:** „Strom und Gasnetze in die öffentliche Hand“, DS 16/2678

Die Energiekonzerne REW, Won, Barrenfall Europe und EnBW bereichern sich schamlos auf Kosten der Privathaushalte. Tatsächlich sind die Kosten für die Stromerzeugung, meist auf der Grundlage von Kohle und Atomenergie, kaum gestiegen. Die Verstaatlichung der Netze ist der konsequenteste Weg aus der Misere. Gegenüber 2005 können die Netzgebühren dadurch halbiert werden. - http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781276617_1602678.pdf

- **Antrag DIE LINKE.:** „Verdeckte Armut bekämpfen - Rechte wahrnehmen, unabhängige Sozialberatung ausweiten und Selbsthilfeinitiativen unterstützen“, DS 16/3908

Der Antrag setzt im öffentlichen Diskurs um die Missbrauchsdebatte einen Kontrapunkt. Gefordert werden u.a. eine Studie zu verdeckter Armut, eine nicht stigmatisierende Arbeitsmarktpolitik, die Stärkung der Rechtsansprüche von Sozialleistungsberechtigten und der Aufbau einer unabhängigen Infrastruktur der Sozial- und Rechtsberatung.

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797953846_1603908.pdf

- **Antrag DIE LINKE.:** „Zweite Chance nutzen - Das Recht auf Verbraucherinformation grundlegend neu gestalten“, DS 16/4544

Wir fordern ein Verbraucherinformationsgesetz, welches umfassende Informationsrechte für Verbraucherinnen und Verbraucher, weit reichende Informationspflichten für Behörden und Unternehmen und nicht zuletzt den kostenfreien Zugang zu Informationen regelt.

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7773890699_1604544.pdf

aktuelle Presseerklärungen der Mitglieder der Landesgruppe:

- bitte auf den Seiten der Bundestagsabgeordneten informieren <http://www.linksfraktion.de/>



Frauentag 2007

Aus Anlass des Internationalen Frauentages hat die Fraktion zu einem kleinen Empfang in den Clara-Zetkin-Saal der Fraktion eingeladen.

Kirsten Tackmann, die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion würdigte in ihrer kleinen Ansprache vor allem die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Referentinnen der Fraktion.

Foto: DIE LINKE.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Wer im Bundestag „Ja“ zum Tornadoeinsatz in Afghanistan sagt, sagt „Ja“ zu deutscher Kriegseteiligung und ist nicht glaubwürdig im Kampf gegen das Bombodrom

Zu ihrem ablehnenden Abstimmungsverhalten im Zusammenhang mit dem Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan erklärt die Tornower Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Fraktionsvorstandes der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Dr. Kirsten Tackmann:

Ich habe wie die gesamte Bundestagsfraktion DIE LINKE. gegen den Einsatz deutscher Aufklärungs-Tornados in Afghanistan gestimmt. Dieser Einsatz wird die gespannte Situation in Afghanistan verschärfen. Eine Mehrheit aus SPD/Grünen/FDP/CDU/CSU im Bundestag hat mit ihrem „Ja“ nicht nur für eine militärische Eskalation des Konflikts in Afghanistan und damit für eine Kriegseteiligung gestimmt, sondern auch GEGEN die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Dagegen ist Widerstand nötig.

Deshalb rufe ich alle Menschen unserer Region und darüber hinaus dazu auf, die 104. Protestwanderung gegen das Bombodrom auch zu einem Protest gegen die Entsendung von Bundeswehr-Tornados in Afghanistan zu machen. Dieser Tornado-Einsatz ist nur ein Vorgeschmack auf die zukünftigen militärischen Einsätze der NATO mit deutscher Beteiligung. Zu diesem Zweck wird auch eine sogenannte NATO Response Force aufgestellt. Diese sollen auch in der Kyritz-Ruppiner Heide ihre Einsatzfähigkeit üben. Der Tornado-Einsatz in Afghanistan und das Luftkriegstraining über dem Bombodrom stehen also in einem direkten Zusammenhang. Die „große Politik“ wird plötzlich regional. Die "fernen Kriege" der NATO werden hier vorbereitet. Ich bleibe dabei: Kein Bombodrom. Nirgends.

Abstimmungsergebnis

	JA	NEIN	ENT
CDU/CSU	203	5	3
SPD	133	69	2
FDP	43	9	2
DIE LINKE.	0	51	0
B 90/GRÜNE	26	21	4

Schwerpunkt – Afghanistan

Tornado-Einsatz ist völkerrechtswidrig

Die Mehrheit des Bundestages stimmt der Entsendung von Bundeswehr-Tornados nach Afghanistan zu. DIE LINKE. votiert geschlossen dagegen. Zivilisierte Staaten in der modernen Zeit dürfen sich nicht auf eine Außenpolitik und gar Kriegsführung einlassen, die auf die Eroberung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten abzielt, warnt Oskar Lafontaine vor der amerikanischen Politik. Terror kann nicht mit Krieg und Terror bekämpft werden. Er ruft alle Abgeordneten auf, den Tornado-Einsatz im Interesse der Bundesrepublik abzulehnen. [Audio anhören \(MP3\)](#)

Mehr zu diesem Thema:

[Norman Paech: Einstieg in ein Kriegsszenario](#)

[Heike Hänsel: Friedenskonferenz statt Kriegseskalation](#)

[Dietmar Bartsch: Nicht gegen Bevölkerungsmehrheit entscheiden \(MP3\)](#)

[Paul Schäfer: Nomen est Omen: Operation Achilles in Afghanistan](#)